

Schwarz-Gelb sind durchgefallen – beschleunigt durch das ganz große, weithin noch unverstandene Großthema im Hintergrund, festzumachen direkt vor der Landtagswahl am Rettungspaket für Griechenland. Die chronische Ignoranz der konservativ-liberalen Regierungen gegenüber den strukturellen Ursachen der Finanzkrise ist in jenen Tagen überdeutlich geworden: Ziellose Milliardenhilfen, letztlich nicht wirklich einem überschuldeten Land zugute kommend, sondern damit von dort die hohen Zinsforderungen der internationalen (auch der deutschen) Banken bedient werden können. Das hat zusätzlich verunsichert. Mehr nicht, aber auch nicht weniger.

Es gibt wichtige Hausaufgaben, die sich daraus ergeben. Die Regulierung des Finanzsystems ist dringend, aber im Konsens mit den Neoliberalen (und den von ihnen gestellten Regierungen) wird das nicht gehen. Auch hier braucht es eine Koalition der Willigen. Zunächst, um die Alternative

deutlich zu machen. Auch die SPD war dazu programmatisch nicht aufgestellt. Und: Eine Welt, in der alleine China und einige Ölstaaten noch liquide sind, Europa und die USA dagegen in der Schuldenfalle festsitzen, kann niemand von sozialem Verstand noch näher rücken lassen. Was bedeutet: Der Wendepunkt ist auch hier erreicht. Ausgabenabbau *und* Einnahmeverbesserung für den Staat stehen an.

Diesen weiten Horizont muss ins Auge fassen, wer immer das Erbe der schwarzgelben Episode antritt. Sonst reicht es wieder nur bis zum nächsten Denkmittel. Ja, da wird es auch Mentalitätswechsel geben müssen, wenn es ums Staatsgeld geht. Aber wer soll die erreichen, wenn nicht Regierungen, die konsequent politische Spielräume gegenüber den Märkten zurückerobern? Es ist wieder Zeit für politische Entwürfe. Für wenigstens den Versuch, aus der Negativ-Spirale heraus zu kommen. Beginnend auch in NRW.

Katajun Amirpur

Das sanfte Antlitz des Islam

Sind Demokratie und Freiheit mit dem Islam vereinbar? Es melden sich zunehmend iranische Stimmen zu Wort, die dies bejahen. Andere mahnen zwar vorab einen Reformislam an, vertreten aber auch eine »demokratieorientierte Deutung«. Abseits der offiziellen Linie hat sich im Iran also eine spannende Debatte entwickelt. Hier einige Einblicke.

Schon seit Jahren ergibt sich für den Beobachter das Bild, dass dem iranischen System die Gesellschaft abhanden gekommen ist. 70 % aller Iraner sind jünger als 30 Jahre. Sie haben keine Erinnerung mehr an die Revolution, dafür aber die Erfahrung des real existierenden Islamismus gemacht. Und dieser hat in ihren Augen zu mehr Unfreiheit und einem Mehr an Ungerechtigkeit geführt. Eine Folge davon ist, dass immer mehr Menschen der Religion entfliehen. Unabhängigen Umfragen zu-



Katajun Amirpur

(* 1971) ist Professorin für Islamwissenschaften an der Universität Zürich. Bei *Herder* erschien im letzten Jahr: *Unterwegs zu einem anderen Islam: Texte iranischer Denker.*

KatajunAmirpur@access.uzh.ch

folge hat die Islamische Republik die am stärksten säkularisierte Bevölkerung des gesamten Nahen Ostens.

Dass die Religion ihr Ansehen verloren hat, war für viele Geistliche im Iran Anlass, Widerstand zu leisten. In Wort und Schrift erklärten sie, »nicht in meinem Namen« und nicht im Namen der Religion, die ihnen heilig ist. Mohammad Mojtabeh Shabestari beispielsweise hat aus Protest sogar seinen Turban abgelegt und erklärt: »Mir passt in dieser Islamischen Republik kein Turban mehr.«

Und im Interview mit dem Berliner *Tagesspiegel* sagt Shabestari pointiert: »Die richtige Frage ist nicht: Sind Islam und Demokratie vereinbar oder nicht? Die Frage ist: Sind die Muslime heute bereit, diese Vereinbarkeit entstehen zu lassen?«

Gerechtigkeit als wichtigstes Kriterium

Shabestari deutet die koranische Intention: Er meint, der Koran gebe nur vor, dass die politisch-gesellschaftliche Ordnung gerecht sein soll, mehr nicht. Ziel und Absicht des Korans sowie der prophetischen Sendung sei die Gerechtigkeit. Deshalb ist es das wichtigste Kriterium von Herrschaft, dass sie gerecht sein muss. Darüber hinaus solle man keine detaillierten Regelungen im Koran suchen, schreibt Shabestari. Aus den allgemeinen Aussagen über ethische Prinzipien, die er enthält, könne man keine Staatsphilosophie ableiten. Auch das Argument, man müsse versuchen, der Blütezeit des Islams nachzueifern, lehnt Shabestari mit Verweis auf die veränderten Umstände ab: Islam sei nicht gleich Politik, und ein Staat, der die islamischen Gesetze anwende, sei auch nicht notwendigerweise islamisch. Aus der Tatsache, dass der Prophet auch Staatsmann war, könne man keine allgemeine Handlungsanweisung ableiten. Sie war ein historischer Zufall, sagt Shabestari. Damit stellt er den Anspruch der Islamischen Republik Iran auf die Weiterführung bzw. die Vervollkommnung der politischen Ordnung des Propheten infrage.

Und weil der Koran kein konkretes System vorgeschlagen hat, so Shabestari, dürfen die Menschen selbst entscheiden, in welcher Ordnung sie leben wollen und in welcher Ordnung auch der Islam am besten verwirklicht wird. Shabestari plädiert für die demokratische Herrschaftsform, da diese ihren Bürgern alle Freiheiten lässt, denn Glaube sei schließlich keine Ideologie. Vieles spricht laut Shabestari für die Demokratie, sein wichtigstes Argument aber ist, dass nur ein Glaube, zu dem man in Freiheit findet, ein wahrhafter und gottgefälliger Glaube ist. Zudem würde in der Demokratie das Prinzip der Freiheit, die auch gottgewollt ist, am besten verwirklicht. Deshalb spricht Shabestari sich gegen Zensur und Gewalt in *Imân va âzâdi (Glaube und Freiheit, Teheran 1997)* mit den Worten aus: »Aus der Logik des Glaubens folgt, dass die Gläubigen die Etablierung einer politischen und gesellschaftlichen Ordnung (...) fordern müssen, in der sie besser kundig und frei ihren Glauben ausüben können (...). Eine solche Gesellschaft wird mit Sicherheit keine unterdrückende und totalitäre Gesellschaft sein.«

Shabestari setzt also auf Freiheit und Freiwilligkeit. Menschen zur Beachtung der religiösen Gesetze und somit zur Religiosität zu zwingen, macht seiner Meinung nach wenig Sinn. Damit steht Shabestari im Gegensatz zur herrschenden iranischen Doktrin, die sich aufgerufen fühlt, das Gute zu gebieten und das Böse zu verbieten und die Menschen notfalls auch mit Zwang dazu zu bringen, die religiösen Gesetze zu beachten.

Ganz ähnlich für die Freiheit argumentiert Mohsen Kadivar. Er lebt zurzeit in den USA: Kadivars Hauptthese, die sicherlich der Aussage Recht gibt, er sei ein post-islamistischer Intellektueller, könnte man folgendermaßen zusammenfassen: Die Menschen erwarteten zwar, dass ihnen die Religion generelle Prinzipien und Werte an die Hand gebe, aber die praktischen Angelegenheiten gehörten eher in

den Bereich der so genannten »menschlichen Erfahrungen«, eine Formulierung, die ein Code sein dürfte für »säkulare Normen«. Deshalb würden, so Kadivar, in unterschiedlichen geschichtlichen Perioden unterschiedliche politische und ökonomische Systeme gebraucht.

Nicht in Ketten ins Paradies

Kadivar selbst propagiert ein religiöses System, in dem der Herrscher auf Zeit vom Volk gewählt wird und auch nicht unbedingt ein islamischer Rechtsgelehrter sein muss. Ein solches System sei aber nur unter der Bedingung möglich, dass das Volk gläubig ist und freiwillig die Gebote der Religion befolgen möchte. Wenn der Wille des Volkes und die Religion in Konflikt gerieten, sei die Stimme des Volkes wichtiger: »Das Volk kann nicht in Ketten ins Paradies geschleppt werden.«

Laut Kadivar ist zwar der traditionelle Islam nicht mit der Demokratie vereinbar, der von ihm propagierte Reformislam hingegen schon. Seine eigentliche Lösung für die Frage nach der Religiosität des Muslims in der modernen Welt ist der von ihm so genannte »spirituelle Islam«. Dieser Ansatz ermöglicht es ihm, an einem Islam festzuhalten, der nach wie vor islamisch ist und nicht aller Inhalte entleert.

Ähnlich kritisch ist Hasan Yusefi Eshkevari, der momentan in Italien lebt. Wichtigstes wissenschaftliches Anliegen von Eshkevari ist es, den Koran so auszulegen, dass er zu den Menschenrechten nicht im Widerspruch steht. Eshkevari bejaht die Frage, ob das möglich sei ohne Einschränkung, und er gilt mir als der bedeutendste heute lebende Vertreter einer exegetischen Richtung, die ich die »demokratieorientierte Deutung« des Korans nennen möchte. Für seine Argumentation und Methode der Korandeutung ist besonders der Kontext interessant, in dem eine Sure entstanden ist. Nach genauer Analyse die-

ses Kontexts gelangt er zu einer Deutung des Korans, die in keinerlei Widerspruch zu den Menschenrechten steht.

Die Sure und ihr historischer Kontext

Ein Beispiel: »Und kämpft gegen sie, bis niemand mehr versucht, Gläubige zum Abfall vom Islam zu verführen, und bis nur noch Gott verehrt wird«, heißt es im Koran (2:193) eine Sure, die durchaus kämpferisch klingt und so interpretiert werden könnte, als hätten Muslime die Pflicht, gegen die Ungläubigen zu kämpfen und alle zum Islam zu bekehren. Eshkevari argumentiert hingegen, dass sich diese Sure ausschließlich auf ein bestimmtes historisches Ereignis beziehe, nämlich auf den Friedensvertrag von Hudaibiyā aus dem Jahre 628, den so genannten *sulh al-hudaibiyā*, und die darauf folgenden Ereignisse. Im Jahre 630 brach der Prophet Muhammad diesen Waffenstillstand, den er selbst zwei Jahre zuvor geschlossen hatte, und marschierte in Mekka ein. Laut Eshkevari gehe es in der Sure nur um diese konkrete politische Situation: Die heidnischen Mekkaner sollten bekämpft werden, weil sie sich zuvor an der Gemeinde des Propheten versündigt hatten. Sie hatten seine Anhänger vertrieben und ihn selbst töten wollen, und deshalb wurde Muhammad angewiesen, diese Ungläubigen zu bekämpfen. Aber folglich müssten nicht bis in unsere Zeit hinein alle Menschen bekämpft werden, bis sie den einen Gott verehren. Nach diesem Muster interpretiert Eshkevari alle Verse des Korans in demokratietaugliche Aussagen um und ist somit sicher als ein Vertreter eines anspruchsvollen Demokratiebegriffes zu bezeichnen.

Diese Argumentation ist nicht apologetisch, und sie ist auch nicht modern und westlich inspiriert, was im iranischen Kontext oft als Stigma gilt. Eshkevari wendet hier eine Methode an, die es in der Islam-

wissenschaft bereits seit Jahrhunderten gibt. Ein ganzer Zweig der Islamwissenschaft beschäftigt sich mit den so genannten »Gründen für die Offenbarung« (*asbâb an-nuzûl*). Auch die klassische Islamwissenschaft ging also von einer dialektischen Beziehung zwischen Text und Adressat aus und forschte nach dem Kontext, in den hinein ein Vers offenbart wurde, um seinen Sinn und seinen Wirkungsbereich besser erfassen zu können. Und Eshkevari folgt einem Credo des ersten Imams der Schia, Ali, der zur Deutbarkeit des Korans gesagt hat: »Der Koran ist eine Schrift zwischen zwei Buchdeckeln, die nicht spricht. Es sind die Menschen, die zu ihr sprechen«.

Kurzgefasst vertritt auch Eshkevari die Meinung, dass der Islam als Religion kein spezifisches politisches System vorschreibe, dass das Politische immer säkular sei und dass die Regierung des Propheten in

Medina, die so oft von Islamisten als der Prototyp eines islamischen Staates gepriesen wird, in Wahrheit ein säkularer Staat gewesen sei. Daraus kann geschlossen werden, dass eine säkulare Herrschaftsform wie die Demokratie dem Islam durchaus entspricht. Und nicht nur das: der Islam steht nicht nur nicht zur Demokratie im Widerspruch: Eine wahrhaft islamische Regierung kann gar nicht anders als demokratisch sein.

Ihre Sorge, dass die Religion ihr Ansehen verliert, ließ die drei hier vorgestellten Denker also eine Lesart des Islams entwickeln, die der offiziellen Irans entgegensteht und in der der Islam sein sanftes Antlitz zeigt. Dies ist damit gemeint, wenn wir sagen, dass sie unterwegs sind zu einem anderen Islam. Denn die Theokratie in Iran hat nicht nur die Gesellschaft verloren, sondern inzwischen auch ihre Theologen.

Gerhard Hofmann

Vietnam revisited – Rasante Globalisierung im Schatten des Jahrhundertkrieges

Vor 35 Jahren fiel Saigon - Südvietnam kapitulierte. Die Folgen des Krieges sind noch heute spürbar. Und neue Probleme kamen hinzu.

Gerhard Hofmann

(* 1948) war u.a. langjähriger Chefkorrespondent von RTL und n-tv. Er ist heute freier Autor und Berater in Nachhaltigkeitsfragen.

dr.gerhard.hofmann@t-online.de



Der »Krieg gegen die USA zur Rettung des Vaterlandes« war zu Ende, das Land wiedervereinigt. 2,5 Millionen Opfer hatte der »Volkskrieg der Massen« gefordert, auf Vietnam waren mehr Bomben als im ganzen Zweiten Weltkrieg gefallen, 50 Millionen Liter des dioxinhaltigen *Agent Orange*

hatten US-Flugzeuge versprüht und fünf Millionen Menschen verätzt. Francis Ford Coppolas *Apocalypse Now* endet 1979 mit den Worten: »Das Grauen«.

Der holländische Fotograf Hubert van Es (er schoss das berühmte Hubschrauber-Foto vom Dach des Saigoner CIA-Gebäudes) sagt 30 Jahre später: »Irgendwann verlässt man Vietnam. Aber Vietnam lässt einen nie mehr los.« Weit mehr: Vietnam lässt die Eliten des Westens nicht mehr los. Das begann vor 40 Jahren, als der studentische Protest gegen den schmutzigen Krieg der deutschen Schutzmacht USA zu einer der Chiffren der 68er wurde. »Ho Ho Chi Minh« war in aller Ohren – ebenso